

Apocalypse now

Alle AKWs müssen sofort vom Netz!

Fast genau 25 Jahre nach Tschernobyl ist es im japanischen Fukushima wiederum zu einem GAU gekommen. Noch ist die Gefahr nicht gebannt, dass sich daraus ein Supergau entwickeln könnte. Vier Reaktoren sind bereits explodiert. Niemand weiß, ob die Reaktorkerne nicht schon durchgeschmolzen sind. Im Reaktor 3 wurde MOX und damit Plutonium eingesetzt, ein extrem gefährliches Ultragift; mit nur zehn Gramm könnte man die Bevölkerung einer Stadt wie München umbringen. Bereits jetzt sind Teile des Landes und der Küste verstrahlt. Das Spaltelement Jod 131 zerfällt binnen eines Monats, doch radioaktives Cäsium 137 wird die Region auf 300 Jahre belasten. Das Gemüse der Bauern muss als Sondermüll „entsorgt“ werden. In einer ganzen Region wird lange keine Landwirtschaft und kein Fischfang mehr möglich sein. Die Lebensgrundlage von Hunderttausenden ist damit zerstört. Sogar das Wasser im 35 Mio. Einwohner zählenden Großraum Tokyo, der 250 km von Fukushima entfernt liegt, ist radioaktiv und sollte von Kindern und Jugendlichen gemieden werden. Der verantwortliche Konzern Tepco und die Regierung agieren nach dem Motto: Tarnen und Täuschen – nur in Bruchstücken kommt die Wahrheit ans Tageslicht. Die heute *bezifferbaren* Kosten der Katastrophe werden auf mindestens 165 Milliarden Euro geschätzt (*Le Monde*, 22.03.2011) Die Technik der Reaktoren (Globalisierung verpflichtet!) wurde zum Teil vom französischen Atomkonzern Areva bereitgestellt, an dem auch Siemens beteiligt ist; die in Fukushima arbeitenden deutschen Techniker wurden klammheimlich abgezogen.

Dieser neuerliche Unfall beweist: Bei der Atomwirtschaft handelt es sich um ein System organisierter Verantwortungslosigkeit, dessen Profitlogik wortwörtlich über Leichen geht! Jetzt kann man nicht mehr wie im Fall von Tschernobyl von „kommunistischer Technologie“ schwafeln, wie das damals Franz Josef Strauß getan hat.

Atomkanzlerin Merkel

Vor einem halben Jahr setzte die schwarzgelbe Koalition eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen AKWs um durchschnittlich zwölf Jahre durch. Dies war in den Worten von Merkel und Brüderle „alternativlos“, wenn die Sicherheit der Versorgung gewährleistet sein sollte. Tatsächlich handelte es sich um einen Kottau vor den vier in der BRD Atomkraftwerke betreibenden Großstromern e.on, REW, EnBW und Vattenfall, denen Zusatzprofite von über fünf Milliarden Euro pro Jahr zugeschustert werden sollten. (Allein die ausgewiesenen Profite von e.on und RWE, die die bayrischen AKWs betreiben, lagen 2009 bei 9,6 bzw. 5,6 Mrd. Euro!)

Angela Merkel trat als Frühstücksdirektorin des milliardenschweren RWE-Chefs Jürgen Großmann auf und tourte durch die Lande, um ihren „Kompromiss“ zugunsten der vorgeblich „billigen und sicheren Energie“ wahlpolitisch zu verkaufen. Hinter der Logik der angeblichen „Brückentechnologie“ stand eine Politik des Verzögerns und Verhinderns von massiven Investitionen in erneuerbare Energien. Denn diese Energien – Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme etc. – machen nur Sinn, wenn sie verbrauchernah und damit dezentral ausgebaut werden; dies ist jedoch für die vier Stromer, die etwa 80 Prozent des deutschen Energiemarktes beherrschen, eine Horrorvision.

Nach der Katastrophe nun die Politik des „Kehrt – marsch!“. Die Regierungskoalition hat ein dreimonatiges Moratorium ausgerufen. Sieben alte Reaktoren wurden abgeschaltet, der Rest soll auf seine Sicherheit überprüft werden. Der wahltaktische Hintergrund dieser Entscheidung vor den Landtagswahlen in verschiedenen Bundesländern ist offensichtlich, denn eine ordentliche Überprüfung von AKWs dauert mindestens ein Jahr. Die Logik der Konzerne ist glasklar: Sie werden – da der politische Druck jetzt zu groß geworden ist – ein paar Mailer opfern müssen, um die nach 1980 ans Netz gegangenen möglichst lange halten zu können. Es liegt an uns, ihnen durch massiven politischen Widerstand die Suppe zu versalzen!

Atomausstieg sofort!

Angesichts der riesigen Gefahren für Mensch und Umwelt kann niemand einen Weiterbetrieb auch der „neueren“ AKWs, die alle bereits um die 30 Jahre alt sind, verantworten.

Ein Ausstieg aus der Atomwirtschaft kann in der BRD kurzfristig umgesetzt werden, wie sogar das regierungsnahе Bundesumweltamt in einer Studie verkündete: „Problemlos (!) kann bis 2017 Deutschland ohne *Einschränkungen der Versorgungssicherheit* ohne Kernkraftwerke mit Strom versorgt werden“! (SZ, 17.03.2011) Denn gegenwärtig bestehen Überkapazitäten von 15 Gigawatt Leistung, was der Stromproduktion von 15 Mailern entspricht (Insgesamt stehen 17 AKWs im Land herum.). Wer kann da den abenteuerlichen Behauptungen der PolitikerInnen noch glauben?

Laut dem rot-grünen Atomkompromiss vom Jahr 2000 wären die letzten AKWs 2022 (Brokdorf) bzw. 2021 (Isar 2) vom Netz gegangen. Abgesehen vom Druck der Atomlobbyisten in der SPD (Teile der Partei sind innig mit RWE verbandelt!), die die Atomenergie als gute, weil „moderne“ Energieform ansehen, ging es der damaligen Koalition vor allem darum, milliardenschwere Regressforderungen der Konzerne an den

Staat zu vermeiden. Doch eigentlich hätten die Konzerne die Bringschuld, denn seit 1950 hat der Staat die Atomwirtschaft mit (zu heutigen Preisen) etwa 165 Mrd. Euro unterstützt. Insgesamt dürften fast 200 Mrd. Euro in diese Energieform geflossen sein. Und noch ist völlig unklar, wie eine Entsorgung des gesamten radioaktiven Mülls später aussehen könnte. Nur Wahnsinnige können glauben, dass eine von allen Naturkreisläufen abgetrennte „Endlagerung“ des Mülls über Hunderttausende von Jahren billig zu haben sein wird. Auf den/die SteuerzahlerIn kommen sowieso noch gigantische Kosten zu. Das Problem der Regressforderungen – angesichts der Förderungen an sich schon eine Unverschämtheit – ließe sich relativ einfach lösen, indem der Gesetzgeber den AKW-Betreibern die Versicherungspflicht für mögliche Schäden überantwortete: Von Stund an wäre diese Industrie tot.

Kämpfen wir darum, dass bei der Atomlobby und ihren Freunden bald das Licht ausgeht!

Wir fordern:

- **Sofortige Stilllegung aller AKWs;**
- **Überführung der Energiekonzerne in Gemeineigentum unter Kontrolle der Beschäftigten und der VerbraucherInnen;**
- **Sofortprogramm zum dezentralen Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien.**



isl@islinke.de · www.islinke.de